BESCHLUSS

der Schlichtungskommission (SchliKo)
der Verfassten Studierendenschaft Heidelberg (VS) von
Mittwoch, den 28. Mai 2025 im Rahmen der

Anrufung der Schlichtungskommission nach § 45 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 OrgS

Verfahrensgegenstand:
Rechtmäßigkeit der Vorsitz-Wahlen während der 200. Sitzung des
Studierendenrates am 06.05.2025

I. Beschluss

Der Antrag ist zulässig, in der Sache aber unbegründet.

Die Schlichtungskommission hält die in der 200. Sitzung Studierendenrates erfolgten Wahlen für den Vorsitz der Verfassten Studierendenschaft vom 06.05.2025 für rechtmäßig.

Neuwahlen gem. § 4 Abs. 4 WahIO werden daher nicht angeordnet.

§ 33 Abs. 1 WahIO ist hinsichtlich des Formerfordernisse von Kandidaturen in höchstem Maße unbestimmt. Dabei sind die Formerfordernisse „schriftlich per E-Mail“ widersprüchlich. Zwar bestehen Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit des derzeitigen Verfahrens zur Einreichung der Kandidaturen. Dies kann jedoch dahinstehen, wenn ohnehin die Möglichkeit zur Kandidatur nach diesem eingeübten Verfahren für alle Kandidierenden offen stand und dies den Wahlvorgang nicht grundlegend beeinflusst hat.

In Übereinstimmung der ständigen Entscheidungspraxis der Schlichtungskommission hält die SchliKo bei Wahlprüfungsverfahren den Einbezug des Kriteriums der Mandatsrelevanz für erforderlich. Im vorliegenden Fall hatte das strittige Einreichungsverfahren jedoch ohnehin keinen Einfluss auf den Wahlvorgang und dessen Ergebnis, sodass keine Mandatsrelevanz gegeben ist.

Schließlich trägt die Schlichtungskommission dem StuRa auf, die einschlägigen Passus zeitnah zu überarbeiten, um Rechtssicherheit und Klarheit für insbesondere die WaKo als Rechtsanwenderin und die Kandidierenden zu gewährleisten.

II. Begründung

Zunächst ist nach Auffassung der SchliKo überhaupt fraglich, welches Formerfordernis § 33 Abs. 1 WahIO überhaupt anordnen soll. Dabei ist das Formerfordernis „schriftlich per E-Mail“ in höchstem Maße widersprüchlich und unbestimmt.

Würde einerseits die Schriftform gelten, würde die Kandidaturerklärung eine Urkunde erfordern, die vom Aussteller eigenhändig unterschrieben werden müsste, § 126 Abs. 1 BGB. Elektronische Formulare über die Website der VS, einfache E-Mails oder auch E-Mails mit einem Scan der Urkunde würden dem Formerfordernis dabei nicht genügen.

Unklar ist jedoch was der Zusatz „per E-Mail“ im Kontext des Formerfordernisses „schriftlich“ bedeuten soll: Dies könnte einerseits auf das gesetzliche Formerfordernis der „elektronischen Form“ hindeuten: Dabei wären Kandidaturerklärungen zwar via E-Mail zulässig, würden jedoch gem. § 126a Abs. 1 BGB ein sog. elektronisches Dokument mit seiner qualifizierten elektronischen Signatur samt Namen des Ausstellers erfordern.

Andererseits könnte die Formulierung auch auf die Textform nach § 126b BGB hindeuten, welche nur eine lesbare Erklärung samt Namen des Erklärenden – ohne dessen Unterschrift oder elektronische Signatur – erfordern würde. Nur dieses Formerfordernis wäre mit dem bisherigen Verfahren – egal welcher Ausgestaltung – vereinbar.

Die aufgeführten Formerfordernisse schließen sich jedoch gegenseitig aus, weswegen das Formerfordernis in § 33 Abs. 1 WahIO in höchstem Maße unbestimmt ist. Im Zweifel wäre dabei aufgrund des Wortlauts der restriktivsten Variante – der Schriftform - auszugehen.

Infolgedessen würde das bisherige Verfahren dem Formerfordernis grundsätzlich entgegenstehen.

Die Frage nach der Vereinbarkeit des Kandidaturformulars mit dem Formerfordernis kann jedoch für die Prüfung des vorliegenden Wahlverfahrens offen gelassen werden, sofern die gerügten Mängel keine Mandatsrelevanz entfaltet hätten, mithin keinen Einfluss auf den Wahlgang als solchen oder sein Ergebnis ausgeübt hätten.

Vorliegend wurde – unstrittig auch nach Vortrag des Antragstellers - keinem Kandidaten die Möglichkeit zur Kandidatur verwehrt, da alle Kandidaturen zugelassen wurden. Weiterhin ist auch nicht ersichtlich, dass die Beanstandungen hinsichtlich der Kandidatureinreichungen einen Einfluss auf den Wahlgang oder sein Ergebnis entfaltet hätten – dies wurde vom Antragsteller

auch nicht gerügt.

Folglich bestehen nicht einmal Anhaltspunkte dafür, dass die Verletzung der Formvorschriften auch nur in theoretischer Hinsicht das Wahlergebnis hätten beeinflussen können. Daher ist im vorliegenden Wahlprüfungsverfahren nach Auffassung der SchliKo evident keine Mandatsrelevanz durch die möglichen Verstöße gegen die Formerfordernisse aus § 33 Abs. 1 Wahlo ersichtlich. Die Frage nach der Vereinbarkeit des Formulars mit dem Formerfordernis kann damit ohnehin offen bleiben.

In dieser Konsequenz ist weder eine Verletzung der Rechte des Antragstellers noch von Dritten ersichtlich, sodass der Antrag in der Sache unbegründet ist.

Die einschlägigen Passus sind jedoch dringend zu überarbeiten, um Rechtssicherheit und Klarheit für insbesondere die WaKo als Rechtsanwenderin und die Kandidierenden zu gewährleisten. Das derzeitige Formerfordernis ist dabei zu unbestimmt, um überhaupt zu ermitteln, welche Art des Formerfordernisses vom Normgeber gewollt war. Es empfiehlt sich dabei nach Auffassung der Schlichtungskommission die Textform, welche hinreichende Flexibilität im Verfahren bieten würde.